

Schweiz

Lobbying für Kasachstan

Der Beamte des Diktators

Wiktor Chrapunow war das Ziel der Auftraggeber von FDP-Nationalrätin Christa Markwalder. Kasachstan will seinen Kopf. Zu Recht? Ein Porträt von Luca De Carli, Genf

«Wie ist der Stand im Verfahren gegen Wiktor und Leila Chrapunow?» Das wollen Christa Markwalder und vor allem ihre kasachischen Auftraggeber, die für sie die Interpellation geschrieben haben, vom Bundesrat wissen. Das inzwischen geschiedene Ehepaar lebt seit 2007 in Genf. Auf der Flucht vor dem kasachischen Präsidenten Nasarbajew, der ihnen nach dem Leben trachte, sagt Wiktor Chrapunow. Weil er, der zwei Jahrzehnte lang sehr hohe Ämter innehatte, Millionen gestohlen habe, sagt Kasachstan und hat 2012 ein Rechtshilfegesuch in der Schweiz eingereicht.

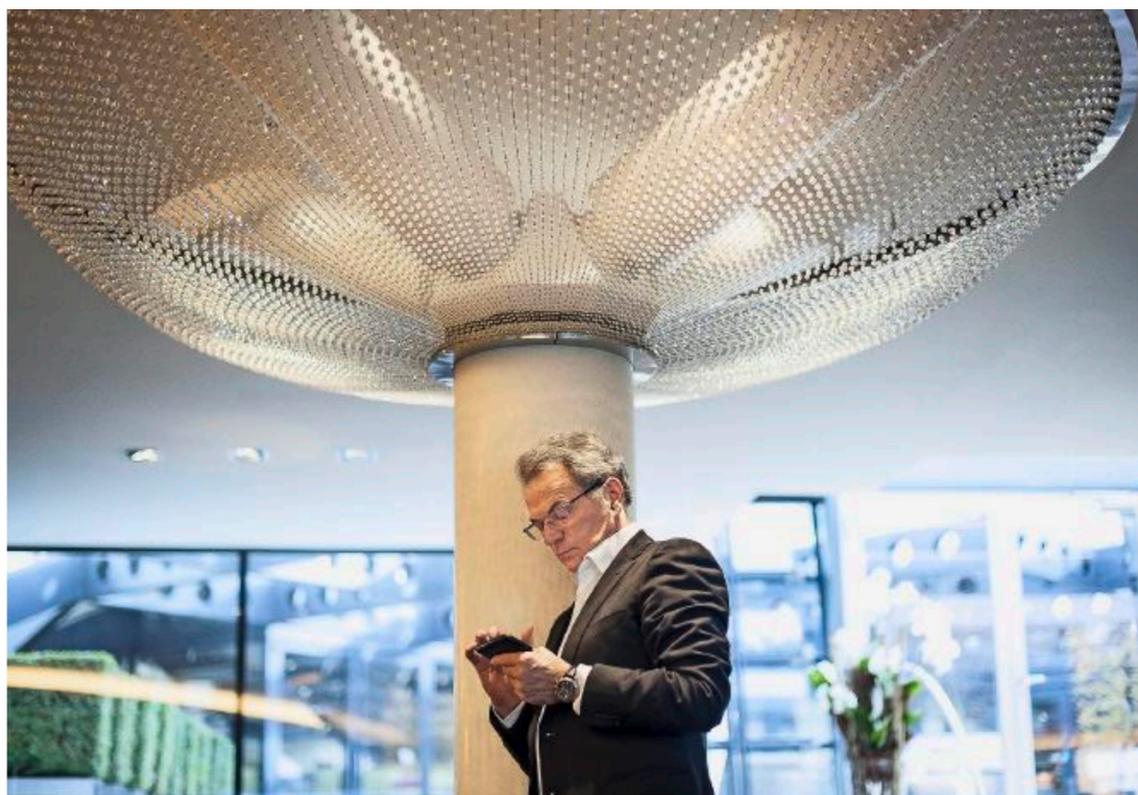
In Genf läuft deshalb ein Verfahren wegen Geldwäscherei. Zweimal reisten im letzten Jahren kasachische Ermittler an, wie der zuständige Staatsanwalt bestätigt. Grosse Fortschritte habe es bislang nicht gegeben. Ein Auslieferungsgesuch Kasachstans lehnte die Schweiz laut dem Bundesamt für Justiz 2014 ab.

Zum Gespräch bittet Chrapunow an nobler Adresse. Im Büro seines Anwalts wartet auch ein Sprecher. Genf hat dem Kasachen eine Aufenthaltsbewilligung erteilt, er wird pauschal besteuert. Auf gegen 70 Millionen Franken wurde das Vermögen der Familie beim Eintreffen des Rechtshilfegesuchs geschätzt. Zwei Drittel davon sind Immobilien, die teilweise mit Hypotheken belegt sind. Chrapunow bestreitet die Zahl nicht. Er und seine Exfrau bezahlen in Genf Steuern von je 280 000 Franken pro Jahr. Laut Chrapunow übernimmt Leila alles - auch seine Unterhaltskosten. Er besitze nichts, nicht einmal ein Schweizer Konto. Ihr Vermögen habe Leila legal erwirtschaftet. Sie war seine zweite Ehefrau. Schon reich und als Unternehmerin in Kasachstan berühmt, als sich die beiden in den 90er-Jahren fanden.

Die Raubzüge der Mächtigen

Der ethnische Russe, dessen Vorfahren seit Generationen in Kasachstan leben, kommt aus einfachen Verhältnissen, wie er in seiner Autobiografie schreibt. Ihr Stil erinnert an einen Sozialismus-Roman. Chrapunow beschreibt sich als frühreifen Fünfjährigen, den das magere Angebot der Dorfbibliothek enttäuscht. Später als Chrapunow, der vor nichts zurückschreckt. Übernimmt er einen Posten, wird «Tag und Nacht gearbeitet».

Chrapunow macht Karriere, schon zur Zeit des Kommunismus und vor allem nach dem Ende der Sowjetunion. Er erzählt, wie sich um ihn herum die Mächtigen die Schätze Kasachstans unter den Nagel reissen. Vor allem der Clan des Präsidenten. «Ich habe nie etwas



Wiktor Chrapunow, hier 2012 in Genf, ersucht die Schweiz um politisches Asyl. Foto: Alexander Roth-Grisard (PD)

genommen», sagt Chrapunow. «Ich war als Minister zuständig für Elektrizität und Kohle, aber mir gehört kein einziges Kraftwerk. Ich war Bürgermeister von Almaty, und mir gehört dort kein Haus.» Die kasachische Justiz sieht das anders. Als Bürgermeister der Grossstadt habe er Partner bevorteilt, Konkurrenten um Millionen gebracht, sich am Verkauf von öffentlichen Gebäuden bereichert. «Lügen», sagt Chrapunow. Er habe gegenüber der Staatsanwaltschaft alles offengelegt. Die Genfer Behörden sagen, «das Ehepaar kooperiert».

Dafür, dass Nasarbajew ihn ausschalten will, hat Chrapunow zwei Erklärungen. 2007 heiratete sein Stiefsohn die Tochter des schwerreichen Mughtar Abljasow, damals Besitzer von Kasachstans grösster Bank, die inzwischen verstaatlicht wurde. In Kasachstan, wo familiäre Verbindungen über Aufstieg oder Fall entscheiden, eine heikle Affiche für den Präsidenten - Kapital- und Politwissen vereint in einem Clan. Sofort sei er, damals Minister, auf der Abschlusliste gelandet, sagt Chrapunow.

Er habe entschieden, das Land zu verlassen - in Richtung Genf. Abljasow flüchtete zwei Jahre später und sitzt heute in Frankreich in Auslieferungshaft. Er soll Milliarden abgezweigt haben. Auch in Frankreich setzt Kasachstan auf prominente Helfer - etwa Jacques Attali, lange Jahre Berater von Staatspräsident François Mitterrand.

Im Exil ist Chrapunow zu einem lautstarken Kritiker Nasarbajews geworden. Er beschreibt ihn heute als «Despoten», der nichts und niemanden neben sich dulde. Dennoch hat er als «Beamter», wie er sich nennt, das Regime fast zwei Jahrzehnte mitgetragen. Er habe zu lange nicht realisiert, wer Nasarbajew wirklich sei, so seine Erklärung.

Bis 2010 sei er von Kasachstan in der Schweiz in Ruhe gelassen worden, sagt Chrapunow. Dann der Skandal, seine zweite Erklärung: Es wird publik, dass Dinara, die Tochter des Präsidenten, zusammen mit ihrem Gatten Timur Kulibajew eine Villa in einem Genfer Vorort gekauft hat - für fast 75 Millionen Franken. Die Genfer Staatsanwaltschaft nimmt

Ermittlungen wegen Geldwäscherei auf. Ende 2013 wird das Verfahren eingestellt. Es wird öffentlich, dass es auf Dokumenten, die Ex-Banker Abljasow eingereicht hatte, basierte.

Bespitzelt und gehackt

Nach dem Villenskandal seien er und seine Familie beschattet worden, sagt Chrapunow. Im Auto der Tochter fand sich ein GPS-Sender, sein Computer sowie jener des Anwalts und des Sprechers wurden gehackt. Spezialisten der Bundespolizei hätten die Existenz des Virus bestätigt. Alle drei reichten Anzeige ein. In Kürze erwarte die Bundesanwaltschaft einen Bericht, der zeigt, ob es eine Verbindung zu Kasachstan gibt. Die Behörde will sich dazu mit Verweis auf das Amtsgeheimnis nicht äussern.

Ebenfalls 2010 erschienen in der Schweiz Artikel, in denen das Vermögen Chrapunows thematisiert wurde. Die Zeitschrift «Bilan» führte ihn mit 300 bis 400 Millionen Franken in ihrer Reichtumsliste. Eine Fantasiezahl, sagt er. Die kasachische Justiz habe die Artikel aber

zum Anlass für Ermittlungen genommen. Sie seien gezielt platziert worden. Beweise dafür gibt es nicht.

Jedoch für die massive PR-Offensive Kasachstans gegen Chrapunow in der Schweiz - nicht erst seit dem Fall Markwalder. Die Ausgaben betragen inzwischen mehrere Millionen. Sicher ist das Engagement der Kanzlei Homburger, des privaten Nachrichtendienstes Arcanum, der PR-Agentur Burson-Marsteller sowie von Ex-Botschafter Thomas Borer.

Hier schliesst sich der Kreis zwischen Präsidentenschwiegersohn Kulibajew und Asat Peruaschew. Jenem angeblichen Oppositionellen, der Markwalder via Burson-Marsteller zu ihrem Vorstoss anstiftete. Chrapunow kennt beide. Peruaschew sei jahrelang der Handlanger von Kulibajew gewesen - ehe er an der Spitze der Pseudo-Oppositionspartei Ak Schol installiert wurde. Zwei Tage vor Amtsantritt sei Peruaschew noch Mitglied der Präsidentenpartei gewesen.

Allerdings weiss auch Chrapunow zu lobbyieren. Er hat einen Antrag auf politisches Asyl eingereicht, der derzeit in Bern geprüft wird. Zur Seite steht ihm neu der Genfer FDP-Nationalrat Christian Lüscher. Nur als Anwalt, sagen Lüscher und Chrapunow. Den Fehler, einen Vorstoss im Namen seines Klienten einzureichen, beging Lüscher nicht. Anders als im Jahr 2013 Parteikollegin Markwalder oder 2014 SVP-Nationalrat Christian Miesch für die Gegenseite.

Seit 2014 wird auf Antrag Kasachstans auch in den USA gegen Chrapunow ermittelt. Die Kinder besitzen dort zwei Villen im Schätzwert von gegen 10 Millionen Franken. Die Gegenseite wirft Chrapunow vor, Geld aus der Schweiz wegzuschleppen. Auffallend ist auch, dass 2012 im Firmenregister bei mehreren Gesellschaften die Namen von Exfrau Leila und Stiefsohn Ilijas (Mitglied der Genfer CVP) als Besitzer gelöscht wurden. Chrapunows Begründung: das Geld. Seit dem Start der Ermittlungen sei das Geschäftsklima für seine Familie in der Schweiz schwierig geworden. Die Firmen seien deshalb verkauft worden - unter Wert. Die Genfer Staatsanwaltschaft habe alles kontrolliert. Alles sei korrekt abgelaufen.

Dazu sagt die Behörde: Man sei derzeit nicht in der Lage, die Vorwürfe gegen die Familie Chrapunow zu beurteilen. Das sei Sache der Kasachen.



Bilder Die Jahre mit Staatschef Nasarbajew

chrapunow.tagesanzeiger.ch

Die effizientesten Lobbyisten stimmen im Parlament auch mit

Der Fall Markwalder wirft ein Schlaglicht auf das Lobbying in der Schweizer Politik. Die wichtigsten Fragen und Antworten dazu.

Doris Kleck
Bern

Weshalb nehmen auffallend viele Parlamentarier Christa Markwalder in Schutz?

Dass Lobbyisten Vorstösse und Anträge initiieren, Informationen liefern, bei der Formulierung helfen oder den Text selbst formulieren, ist normal.

Wie viele Vorstösse und Anträge werden von Lobbyisten formuliert?

Das kann man nicht abschätzen, aber es gibt zwei Tendenzen. Erstens werden Änderungsanträge während Gesetzgebungsprozessen eher von Lobbyisten formuliert als Vorstösse wie Motionen

oder Interpellationen. Zweitens gilt: Je komplexer ein politisches Geschäft ist, desto eher sind Parlamentarier auf formulierte Anträge angewiesen. Parlamentarier wenden sich auch mit Ideen an Interessenvertreter, weil diese über das Fachwissen verfügen. Zudem fehlt vielen Parlamentariern das juristische Wissen, um Anträge richtig zu formulieren.

Wer lobbyiert in Bundesbern?

Zum einen gibt es die Interessenverbände. Viele haben ihre Vertreter im Parlament: Diese Art von Lobbying gilt als besonders effizient, weil die Verbandsvertreter nicht nur einflüstern, sondern auch entscheiden. Zum anderen gibt es Firmen, die vor Ort präsent sind. Dazu kommen PR-Firmen, die im Mandatsverhältnis Interessen vertreten.

Die Einflussnahme von Verbandsfunktionären als Politiker gilt als weniger anrühlich als das Lobbying von PR-Firmen. Weshalb?

Wegen der Transparenz: Wer den Bauernpräsidenten wählt, weiss, welche Interessen er vertritt. Die Parlamentarier müssen ihre Interessenbindungen offenlegen. Allerdings müssen sie nicht deklarieren, ob die Mandate bezahlt oder ehrenamtlich sind. Dazu kommt: Es sind nicht alle Mandate in der Öffentlichkeit gleich bekannt. Dass etwa der Präsident der Zementindustrie im Parlament sitzt, wissen die wenigstens.

Wie machen Verbände Druck auf Parlamentarier?

Ein beliebtes Disziplinierungsinstrument sind Rankings.

Wo setzt erfolgreiches Lobbying an?

Ein Patentrezept gibt es nicht. Geht es aber darum, ein bestimmtes Gesetz zu beeinflussen, setzt man am besten in der Verwaltung an. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund sagt offen, dass er besonderes Gewicht auf die vorparlamentarische Phase legt. Das funktioniert vor allem dann, wenn man den verantwort-

lichen Bundesrat und das entsprechende Bundesamt auf seiner Seite weiss. Später bleiben die Korrekturversuche im Parlament. Grosses Gewicht haben die vorberatenden Kommissionen. Trotzdem kommt es auch vor, dass unmittelbar vor Abstimmungen im Parlament um jede Stimme gerungen wird.

Wie viele Lobbyisten tummeln sich in der Berner Wandelhalle?

Das weiss niemand so recht. Der Grossteil der Lobbyisten verschafft sich den Zutritt mit einem permanenten Gästerausweis. Je zwei Gästerausweise können alle 246 Parlamentarier vergeben: Wer dieses Bundeshaus-GA hat, ist in der Liste der Zutrittsberechtigten einsehbar, nicht aber die Interessenverbindungen. Daneben können Parlamentarier pro Sessionstag zwei Tagespässe vergeben: Diese Gäste sind nirgends registriert. Schliesslich können auch ehemalige Parlamentarier einen Zutrittsausweis auf Lebzeiten beantragen und als Lobbyisten auftreten.

Anzeige

23 Kantone haben die Erbschaftssteuer für eigene Kinder nicht abgeschafft, damit sie durch die Hintertür wieder eingeführt wird.

Überparteiliches Komitee «Nein zur neuen Bundessteuer auf Erbschaften», Postfach 5835, 3001 Bern.

Erbschaftssteuer NEIN

www.erbschaftssteuer-nein.ch